Amtliche Bekanntmachungen

Nr. 692. **Pferdefleisch, Pferdewurst und Höchstpreis für dieselben betr.**

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat durch Verordnung vom 4. Juni 1920 (R. G. Bl. S. 1124 den Nichtvorrat für den Verkauf von Schlachtpferden ab Stall des Verkäufers für die 50 kg Lebendgewicht auf Mk. 200.— festgesetzt. Gleichzeitig wurde angeordnet, daß die Vermischung von Pferdefleisch mit Fleisch von Kaninchen, Ziegen, Rentieren, ferner von Eselfleisch und Wild aller Art zur Herstellung von Fleischwurst verboten ist.

Das Bad. Ministerium des Innern hat infolgedessen durch Verordnung vom 12. Juni 1920 für Pferdefleisch und Pferdewurst neue Nichtpreise festgesetzt. Die Preise dürfen folgende Beträge nicht übersteigen:

für 1 Pfund Fett roh, ausgelassen	Mk. 10.—
für 1 Pfund Fleisch mit Knochenbelgabe (Einheitspreis), frische Fleischwurst und Leber	„ 12.—
für 1 Pfund Zunge	„ 5.—
für 1 Pfund Leberwurst und Schwartenmagen	„ 6.—
für 1 Pfund Blutwurst	„ 8.00
für 1 Pfund Knochen	„ 2.50
Vorstehendes wird zur öffentl. Kenntnis gebracht mit dem Anfügen, daß der Kommunalverband demnächst die festzusetzenden Höchstpreise für Pferdefleisch festsetzen wird.	„ —.50

Emmendingen, den 17. Juni 1920.
Bad. Bezirksamt.

Nr. 691. **Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.**

In der Gemeinde Schweighausen (Amt Ettenheim) ist die Maul- u. Klauenseuche ausgebrochen.
Emmendingen, den 16. Juni 1920. 4296
Bad. Bezirksamt.

Nr. 693. **Maul- und Klauenseuche betr.**

In St. Georgen bei Freiburg ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. 4295
Emmendingen, den 17. Juni 1920.
Bad. Bezirksamt.

Lebensmittelversorgung betr.

Auf Bestellabschnitt 207 der Lebensmittelkarte erhalten die Bezirkseinwohner (Selbstversorger und Versorgungsberechtigte) auf den Kopf:

1 Paket = 250 gr. Haferflocken
Kleinverkaufspreis Mk. 1.05 das Paket.
50 gr. Reis
Kleinverkaufspreis Mk. 0.65 pro 50 gr.

Bestellfrist zwei Tage. Die Bestellabschnitte sind am dritten Tage durch die Inhaber der Kleinverkaufsgeschäfte an die örtlichen Verteilungsstellen weiterzuleiten zwecks weiterer Bestellung.
Emmendingen, den 18. Juni 1920. 4297
Kommunalverband.

Städtische Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Bestellmarken Nr. 204 der Feldkarten sind von den in den Verkaufsstellen Altingwald u. Kromer eingeschriebenen Haushaltungen abzugeben. Butterabgabe findet am:

23. Juni 1920

statt. Die Verkaufsstellen haben die Bestellmarken bis längstens Dienstag, den 22. Juni mittags 12 Uhr beim Lebensmittelamt abzugeben.
Emmendingen, den 21. Juni 1920.
Städt. Lebensmittelamt Emmendingen.

Bekanntmachung.

Infolge nicht genügender Milchanlieferung erhalten die Verkaufsstellen: 818

Meinwald	am 22. Juni 1920	keine Haushaltungsmilch			
Leonhardt	„ 23.	„	„	„	„
Huber	„ 23.	„	„	„	„
Schnurr	„ 24.	„	„	„	„
Benz	„ 25.	„	„	„	„
Faller	„ 25.	„	„	„	„
Geßlin	„ 26.	„	„	„	„
Mantle	„ 27.	„	„	„	„

Milch für Kinder und Kranke wird wie bisher abgegeben.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die mit Haushaltungsmilch belieferten Verkaufsstellen zu Abzügen gezwungen sind.

Emmendingen, den 21. Juni 1920.
Städt. Lebensmittelamt.

Städt. Arbeitsamt Emmendg.

Offene Stellen:

1 Pferdeknecht, 2 jüngere Hilfsarbeiter im Alter von 17—19 Jahren in einem größeren Betrieb in Emmendingen, 1 Bäcker nach auswärts, 1 Küfer für Holzarbeit nach auswärts, 2—3 Büglerinnen nach auswärts, 1 Taglöhnerin, 1 Friseur, 1 Drechsler und 1 Metzgerlehrling, mehrere Haus- und Küchenmädchen. 817

Arbeit suchen:

1 Schneider, 1 Maschinist, 1 Handlungsgehilfe, 1 Kaufmann, 1 Taglöhnerin für einige Stunden im Tag, 1 Elektromonteur, 1 Mechaniker, 1 Schuhmacher, 1 Gärtner, mehrere Hilfsarbeiter.
Die Verwaltung.

Obstkorben

aus Drahtgewebe mit 45mm breitem Holzrahmen Mittelstück und Griff, auch zum Trocknen an der Luft geeignet, ca. 1qm groß zu Mk. 13.— pro Stück ab hier abzugeben. 4267

Dr. Otto Zimmermann u. Heinrich Weyel
Ludwigshafen a. Rh.

Aluminium und kupferne
Herdschiffe
sowie vier kupferne
Brenngeschiere
zu 30 und 45 Ltr. Inhalt zu verkaufen
Engler-Spengler, Teningen.

Evangelische Kirchengemeinde Emmendingen.

Die Wahlen zum Kirchengemeindeausschuß sind auf Sonntag, den 11. Juli von vorm. 11 Uhr an in Aussicht genommen, und zwar hier im ev. Gemeindehause, in den Filialorten im Rathause. Die Wählerliste der Stadt liegt vom 20. Juni ab 8 Tage im Pfarrhause, jene der Filialorte in den dortigen Rathäusern auf. Etwaige Einsprachen sind spätestens bis zum 27. Juni beim Vorsitzenden des Kirchengemeinderats zu erheben. Wahlberechtigt sind alle bis zum Wahltag fünfundzwanzigjährigen männl. und weibl. Gemeindeglieder. Für Emmendingen sind 53, für Kollmarsreute 6, für Maleck 8, für Wasser 4, für Windenreute 8 Vertreter und Vertreterinnen zu wählen, zusammen 74. 4300

Wahlvorschlagslisten sind spätestens bis zum 1. Juli, abends 6 Uhr beim Kirchengemeinderat einzureichen. Jede derselben muß von mindestens 20 Wahlberechtigten unterschrieben sein und darf höchstens 8 Namen mehr enthalten als Vertreter zu wählen sind.

Von jedem Vorgeschlagenem ist eine Erklärung beizufügen, in der er unterschriftlich der Aufnahme in die Liste zustimmt und sich zur Abgabe der Verpflichtung bereit erklärt.

„daß er dem Aufbau des religiös-sittlichen Lebens der Gemeinde nach dem Maße seiner Kraft mit aller Treue und Gewissenhaftigkeit dienen wolle".

Emmendingen, den 19. Juni 1920.
Evang. Kirchengemeinderat.

Kinderwagen und Sportwagen sind in grosser Auswahl zu bekannt billigen Preisen wieder eingetroffen im
Warenhaus S. Knopf Emmendingen. 4288

Zu der am 28. ds. Monats beginnenden
Reichsnotopferveranlagung
ist durch den unterzeichneten Verlag und alle Buchhandlungen zu beziehen:
Notopfer - Katechismus
1. Was muß man vom Reichsnotopfer wissen?
2. Wie stellt man die Steuererklärung richtig auf?
Nebst einer Berechnungstafel von Oberstteuerkommissär Würtz in Waldkirch.
Eine von einem Fachmann aus der Praxis geschriebene, in Frage und Antwort-Form gekleidete Erklärung des Gesetzes, sowie eine Anleitung zur Abgabe der Steuererklärung. 4292
Preis Mk. 2.50.
Waldkircher Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Waldkirch i. B.

Reparatur - Werkstätte
für elektr. Maschinen
Anlasser und Sterndreieckschalter
Schempp u. Platte
Freiburg, Kaiserstr. 151,
Fernsprecher: Büro 2024 Werkst. 2784
Drahtanschrift: Schempplatte.

Feinste Holländische Import-Cigarillos
aus rein Ueberseer-Tabacken in eleg. Taschen à 10 und 20 Stück Mk. 580.— per Mille franco. Kleinverkaufspreis 75 Pfennig pro Stück. Verlangen Sie Probepäckchen mit 200 Stück zu Mk. 116 franco Nachnahme. 4302
M. Mirow, Cigarettenfabrik, Hamburg 1.

Franz B. Stephan
Herren- u. Knaben-Kleiderstoffe
Freiburg i. Br.
Unterlinden 2.
Spezialität: Anzüge für Landbevölkerung.

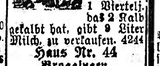
Kommunistische Partei Emmendingen.
Heute Montag, den 21. Juni, abends 1/8 Uhr im Baux-Saale
öffentliche
Volksversammlung
Hauptlehrer E. Kung-Föhrental b. Freiburg spricht über:
Der kommunistische Aufbau.
Eintritt frei. Freie Diskussion.
Arbeiter und Beamte erscheint alle in dieser Versammlung. 4294
Der Vorstand.

Großer Transport hochträchtige erstklassige Kühe u. Kalbinnen
sind heute eingetroffen und stehen
Haslacherstraße Nr. 21 zum Verkauf
und laden Käufer höfl. ein 4303
Maßlbacher & Maier
Freiburg i. Br.
Telephon 2124

Rebspritzen und Schwefler
Kochherde
emaill. **Kochgeschirre**
Einkochapparate u. Gläser
Ia. rote Gummiringe
hierzu in grosser Auswahl
H. Ulmer, Herbolzheim i. B.

Zur jetzigen Verbrauchszeit
empfehle sofort ab Lager lieferbar:
Grasmähmachinen, Heuwender, Ersatzteile für sämtliche Mähmaschinen, sowie Heuaufzüge
Theodor Engster, Karthäuserstr. 64 a.
Freiburg i. B.

1/2 Mensch
ist man nur, wenn man sich in seinem Geschäft nicht vollständig sichern kann. Zur Sicherung des Geschäfts gehört die Anzeige in den Breisgauer Nachrichten in Emmendingen.



Eine **Kuh** welche vor 1 Vierteljahr das 2 Kalb gekalbt hat, gibt 9 Liter Milch, zu verkaufen. 4244
Haus Nr. 44 Broggingen.

Zwei 8 Wochen alte **Jagdhunde** prima Abstam. (Rüden), sofort zu verkaufen. 4281
Brauerei Schieble Kenzingen.

Kontrollkasse
National mit Addition gesucht gegen bar. Offerten mit Preis unt. R. S. 6079 an die Gesch. d. Bl.

In jedes Haus gehört Universal-Balsam „Neda"
Bestens bew. b. Hautleiden aller Art, Ausschlägen, Flechten, Geschwüren, off. Füßen, alten Wunden, Hämorrhoiden etc.
Große Dose Mk. 4.— Erhältlich in den Apotheken.
3432
Hersteller: **Eduard Palm Freiburg i. Br.**

Nyctamatismus. Gebe kostenfreie Auskunft wie Sie in 8—10 Tagen davon befreit werden. P. Bienlich, Karlsruhe, Seminarstr. 7. 166 Rückporto erbeten.

ABDA
Allgemeine Zeitein- und Privat-Darlehen-Anstalt
Kommandit-Gesellsch.
Lahr i. B.
Jammstr. Ecke Kaiserst. 80
Fernspr. 497. Geknüpft
Briefanschr.: ABDA, Lahr i. B.
Geschäftstätigkeit
Finanzierungen Beleihungen Privat-Darlehen
Zahlreiche Empfehlungsnachweise. Rasche, verschwiegene, angenehme Geschäftsabwicklung.

Wegen Räumung des Lagers
empfehle ich:
eiserne und Kachelöfen
sowie 4201
Küchenherde
in großer Auswahl zu den billigsten Preisen
J. Kraus, Ofengeschäft Emmendingen
Karlsruherstraße 84

Fahrrad-Mäntel und Schläuche
nur erstklassige Fabrikate u. prima Qualitäten
Alois Meyer
Fahrräder,
Emmendg., Kirchplatz 2

Kirschen vom Baum zu verkaufen.
Mundingen Haus Nr 117.

Kaufe fortwährend jedes Quantum
Frühobst auch 4291
Johannisbeeren
Joh. Gg. Schillinger
Bäckerei — Obsthandlg
Gegau-Lerch.

Euteingebrachtes
Wiesenheu
zu kaufen gesucht. 4249
Albert Glinzburger
Emmendingen Telef. 87.

„Nissin"
gegen Kopflläuse
Nichts anderes nehmen. Zu hab. in d. Apotheken u. Drogerien Emmendg.

Für Branntweinbrenner
liefere ich kurzfristig schwere, kupferne
Brennerei-Anlagen
in jeder Ausführung mit u. ohne Wasserbad, ferner m. Tellerkühler und Feuerungen.
Man verlange Angeb. von 3882
Grafner's Eisenwerken u. Werkzeughaus in Waldkirch, Breisgau.

Turn-Verein Emmendingen.
Turn-Plan
Montag: Turner
Mittwoch: Damen
Donnerstag: Turner (städt. Turnhalle)
Donnerstag: Männer (Markgrafenschule)
Beginn jeweils 8 Uhr
Samstag Nachm. von 4 bis 6 Uhr Schülerabteilg. (städt. Turnhalle)
Sonntag früh: Kürturnen.

Verloren
14 Backerkarten vom Rathaus bis zur Post. Abzugeben geg. Belohnung im Hotel Post, Emmendingen 4306

Feuerschmied sucht 4282
Mack, Wagenfabrik Waldkirch.

Mädchen
13—14 Jahre alt, für die schulfreie Zeit, oder ein der Schule entlassenes Mädchen, welches zu Hause schlafen kann für Kommissionen und leichte Hausarbeiten gesucht.
Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Tüchtiges 4301
Mädchen
für Küche und Haus auf 1. oder 15. Juli gesucht.
Frau Frieda Göth Emmendingen Marktplatz 10.

Mädchen
für Küche und Haushalt in kleine Villa gesucht. Gute Behandlung und Verpflegung. 4289
Freiburg, Maltererstr. 3 Tramhaltestelle Gasthaus zum „Schiff".

Gesucht eine 4209
Wasch- u. Bügelfrau
Wo sagt die Gesch. des Blattes.

Köchin
Tüchtige Köchin, welche etwas Hausarbeit mitübernimmt, in ein besseres Restaurant gegen hohen Lohn und gute Behandlung sofort nach Emmeneingen gesucht. 4224
Offerten unter Nr. 4225 an die Gesch. der Breisg. Nachr.

Zu verkaufen:
2 neue Bettstellen mit Rost
2 neue Küchenschränke
2 aufgerichtete Betten
1 Sofa, Nachttisch u.
7 Patentröste 4304
Emmendingen Westend 10.

Bechsteinflügel
preiswert zu verkaufen.
Näheres in der Gesch. des Blattes. 4246

Ein gut erhaltener **Kinderwagen** ist zu verkaufen
Kollmarsreute, Haus 47.

Zu verkaufen sehr gut erhaltener 4305
Kachelofen
Josef Rieger
Kübermeister
Bombach.

Junge **Zugkuh** mit Mutterkalb, ein **Mutterschwein** mit 7 Jungen, 8 Wochen alt, gut erhaltene **Einspänner-Chaise** zu verkaufen. 4248
Nordweil, Haus 52.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 6.60 des Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 2.20 den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 150 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 15 Mk.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 8, Freiburg 1392.

Nr. 141 (Evang.: Achatius) Emmendingen, Dienstag, 22. Juni 1920 (Kath.: Paulinus) 55. Jahrgang

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt.

Berlin, 21. Juni. Der Reichspräsident hat den Präsidenten der Nationalversammlung, Rechtsanwalt Fehrenbach, zum Reichskanzler ernannt. Abgeordneter Fehrenbach hat diese Berufung angenommen. Es ist nun zu erwarten, daß die Verhandlungen über die Kabinettsbildung nunmehr recht bald zum Abschluß gelangen.

Fehrenbach-Freiburg (Zentr.)

WTB. **Berlin**, 21. Jni. Die Kabinettsbildung kann als vollkommen gesichert angesehen werden. Das neue Kabinett wird sich wie folgt zusammensetzen: Reichskanzler: Fehrenbach; Ministerium des Innern: Dr. Koch (Dem.); Finanzministerium: Dr. Wirth (Ztr.); Reichspostministerium: Giesberts (Ztr.); Reichsernährungsministerium: Dr. Hermes (Ztr.); Reichswehrministerium: Geßler (Dem.); Reichsjustizministerium: Dr. Heinze (D. Vp.). Für das neue Reichsschatzministerium ist Herr von Kardorff (D. Vp.) vorgesehen. Die Besetzung des Reichsverkehrsministeriums ist noch nicht endgültig entschieden, ebenso die Besetzung des Wirtschaftsministeriums und des Arbeitsministeriums. Für das letztere kommt ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften in Frage. Das Wiederaufbauministerium wird aller Voraussicht nach mit einem anderen Ministerium verbunden werden. Das Auswärtige Amt, dessen Besetzung von allen Parteien durch einen Fachmann als dringend erwünscht bezeichnet wurde, wird durch den Geheimrat Simons besetzt werden, der sich durch seine Teilnahme an den Versailler Friedsverhandlungen einen Namen gemacht hat.

Berlin, 22. Juni. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts wird von den Blättern allgemein als eine günstige bezeichnet; besonders günstig wird die Ernennung des Geheimrats v. Simons bezeichnet. Ein Blatt sagt, als langjähriges Mitglied des Auswärtigen Amtes könne Dr. Simons den Anspruch erheben, als Fachmann für sein neues Amt bezeichnet zu werden. Sein politisches Programm ist zwar öffentlich unbekannt, aber man darf ihm zutrauen, daß er bei seinem hohen Pflichtbewußtsein und seiner außerordentlichen Gewissenhaftigkeit ohne ein solches Programm kaum sein Amt angenommen haben dürfte. — Der neue Reichstag, dessen Zusammentritt auf den 24. Juni festgesetzt ist, wird voraussichtlich in einer kurzen Sitzung die notwendigen vorbereitenden Arbeiten der Geschäftsordnung erledigen, den Alterspräsidenten feststellen und die Präsidentenwahl vornehmen. Am Freitag, vielleicht auch schon Donnerstag, wird sich der Reichstag dann wieder vertagen, um am Dienstag der nächsten Woche seine eigentlichen Arbeiten aufzunehmen. An diesem Tage wird sich dann das neue Kabinett vorstellen und das Vertrauen des Hauses erbitten.

Weimar, 21. Juni. Die gestrigen Wahlen zum ersten Landtag für Großthüringen haben aus den 14 größten Städten folgendes vorläufige Ergebnis gebracht: Vereinigte Rechtsparteien 49 167, Demokraten 14 521, Mehrheitssozialisten 31 594, Unabhängige 42 242, Kommunisten 1195, Bauernbund 1297 Stimmen. Das flache Land fehlt noch.

Stuttgart, 21. Juni. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei hat gestern mit 57 gegen 25 Stimmen den Beschluß gefaßt, daß die Sozialdemokratie aus der Regierung in Württemberg ausscheidet.

Sonstige Meldungen.

London, 21. Juni. (Havas.) Die Zeitungen veröffentlichen Telegramme aus Bologne, wonach Graf Sforza erklärt haben soll, Italien fordere 20 Prozent der endgültigen Entschädigung, die Deutschland bezahlen muß.

Londonderry, 21. Juni. (Havas). In der Nacht auf Sonntag kam es zwischen Sinnfeinern und Unionisten zu einer Schlägerei, wobei fünf Personen getötet und viele verletzt wurden. Während die Truppen in einem Stadtteil eine Schlägerei unterdrückten, entspann sich eine zweite in einem anderen Stadtteil. Hierbei wurden zwei Magazine angezündet. Die Sinnfeiner verjagten die Feuerwehrleute und schleppten die Dampfspritzen in ihr Hauptquartier. Man zählte im ganzen etwa hundert Verwundete.

WTB. **Malta**, 21. Juni. Ein Infanterielbataillon wurde in aller Eile nach Konstantinopel abtransportiert. Ein Kreuzer und alle verfügbaren Torpedoboote gingen ebenfalls nach dem Orient in See.

Konstantinopel, 21. Juni. (Havas.) Die Lage in Anatolien wird immer ernster. Da die nationalistischen Streitkräfte nur geringen Widerstand fanden, konnten sie weiteres Gebiet besetzen. Die Regierungstruppen ziehen sich zurück.

Peking, 21. Juni. (Havas). **Der Friedensvertrag mit Oesterreich wurde durch den Präsidenten ratifiziert.**

Die Konferenz in Boulogne.

WTB. **Boulogne**, 21. Juni. (Havas.) An der am Montag mittag stattgefundenen Konferenz waren die Regierungen Großbritanniens, Italiens, Frankreichs, Belgiens und Japans vertreten. Das Programm der Konferenz sieht folgende Verhandlungspunkte vor: 1. finanzielle Frage: Entschädigungen Deutschlands; 2. militärische Frage: Entwaffnung Deutschlands; 3. Orientfrage; 4. russische Frage. In der Montagnachmittagsitzung kamen die zwei ersten Punkte zur Behandlung. In der Frage der Entschädigungen sind die Finanzsachverständigen beauftragt worden, die früheren Vorlagen zu prüfen und am Montag abend der Konferenz eine allgemeine Vorlage zu unterbreiten. Die Marschälle Foch und Wilson werden unter Mithilfe der militärischen Sachverständigen ebenfalls bis Montag abend eine Vorlage betreffend die Antwort an Deutschland ausarbeiten, sowohl hinsichtlich der Mannschaftsbestände als des Kriegsmaterials.

WTB. **Boulogne**, 22. Juni. (Havas.) Offizieller Bericht. Die zweite Sitzung der Konferenz von Boulogne wurde am Montag nachmittag von 4—7 Uhr abgehalten. Die türkische Frage wurde in Erwägung gezogen und beschlossen, das Datum des 26. Juni, das ursprünglich für die Friedensunterzeichnung angesetzt war, aufrechtzuerhalten. Die Konferenz billigte ferner die militärischen Maßnahmen, die von den Marschällen Foch und Wilson getroffen wurden, um der Lage in der Gegend von Konstantinopel und der Meerengen entgegenzutreten. Hierauf wurde der Beschluß gefaßt, die griechischen, polnischen, portugiesischen, rumänischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Delegierten nach Spaa einzuberufen zu einer Besprechung der sich direkt berührenden Fragen mit den Alliierten. Die Marschälle Foch und Wilson billigten den Text der alliierten Note an die deutsche Regierung bezüglich der Entwaffnung und der Vernichtung des Kriegsmaterials sowie der bisher noch nicht vollständig durchgeführten Herabsetzung der Armee auf die im Versailler Vertrag vorgesehene Stärke.

*

WTB. **Paris, 21. Juni. Wie „Journal" mitteilt, ist man bei der Durchführung des Friedensvertrages von einer Zwangsmaßnahme der militärischen Besetzung abgekommen. Man habe beschlossen, wenn Deutschland die Klauseln des Friedensvertrages nicht erfülle, zum Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zu greifen, was einer gemilderten Blockade gleichkäme.**

Streikbewegung

WTB. **Mainz**, 21. Juni. Die gesamte Arbeiterschaft des Werkes Gustavsburg der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G. und des Heddernheimer Kupferwerkes Gustavsburg traten heute früh in den Ausstand. Es handelt sich um etwa 2000 Mann.

WTB. **Mailand**, 21. Juni. Der „Corriere della Sera" meldet aus Rom, daß der Streik auf den Sekundärbahnen auf unbestimmte Zeit fortdauert. Man verhehlt sich die Möglichkeit nicht, daß in nicht allzferner Zeit der Generalstreik auf allen Linien der Staatsbahnen ausbrechen könnte.

London, 21. Juni. Reuter meldet aus Lahore vom 17. Juni: 16 000 Eisenbahner sind heute wieder in den Ausstand getreten.

Aus dem besetzten Gebiet.

Ludwigshafen, 21. Juni. Seit gestern abend sind hier die „Frankfurter Zeitung" und alle Mannheimer Zeitungen von den Franzosen verboten und die hier zum Verkauf aufliegenden Nummern beschlagnahmt worden. (Frkf. Ztg.)

WTB. **Mainz**, 21. Juni. Gestern erging ein Verbot der französischen Militärbehörde, Meldungen über Freudenkundgebungen der Deutschen in Flensburg anläßlich der Niederholung der alliierten Fahnen und des Aufziehens der deutschen Farben zu bringen. Meldungen über den Ludwigshafener Streik dürfen gleichfalls nicht gebracht werden. Die französische Militärbehörde behält sich vor, einige Nachrichten zu veröffentlichen.

Zur Umbildung der bad. Regierung.

oc. **Karlsruhe**, 20. Juni. Ein anscheinend offiziöser Artikel der Karlsr. Ztg. befaßt sich mit der bevorstehenden Umbildung des badischen Kabinetts. Hierbei wird betont, daß man in Baden nicht daran denke, die bisher betriebene Koalitionspolitik aufzugeben und daß die Umbildung des bad. Kabinetts keineswegs einen hochpolitischen Charakter habe. Sie bedeute nichts weiter als die Anpassung an die durch die Reichstagswahl bestätigte Tatsache, daß das Zentrum bei uns die stärkste Partei ist und zugleich entspreche sie dem schon oft geäußerten Wunsche nach Vereinfachung der Staatsverwaltung. Der Artikel des amtlichen Blattes hebt dann weiter hervor, die Landtagssitzungen der versf. Woche hätten gezeigt, daß die alte Koalition in Baden im wesentlichen durchaus reibungslos zum Besten des Landes weiter arbeitet. Der neue Finanzminister Köhler habe vor der Kammer sehr gut abgeschnitten. Schließlich berührt der Artikel noch die Frage der Verschmelzung von Baden und Württemberg und bemerkt dazu, es habe sich von neuem gezeigt, daß die große Mehrheit unserer Bevölkerung von einem solchen Zusammenschluß nichts wissen wolle und, da wir in Baden bisher gar nicht schlecht gefahren seien, keinen Grund hätten, die gesunde Entwicklung unseres Landes durch die Verkoppelung mit einem anderen Lande womöglich zu gefährden.

Die Boykottierung Ungarns.

„Eine Weltregierung in Amsterdam".

WTB. **Wien**, 20. Juni. Der Boykott gegen Ungarn hat, den Blättern zufolge, heute Nacht begonnen. Die „Arbeiterzeitung" schreibt: Zum ersten Male greift die Internationale der Gewerkschaften mit einer großen Aktion in die Getriebe der europäischen Politik ein. Der Boykott, den die Gewerkschaftsinternationale über Ungarn verhängt hat, stellt den ersten Versuch dar, die gewerkschaftlichen Kampfmittel in den Dienst einer internationalen politischen Aktion zu stellen. Es wird, wenn nicht alle Zeichen täuschen, sehr bald Gelegenheit zum Eingreifen auch in andere Angelegenheiten gegeben sein. — Auch die bürgerliche Presse beschäftigt sich mit dem Boykott. Das „Neue Wiener Tageblatt" gibt auch den in anderen Blättern enthaltenen Gedankengang wieder, indem es sagt: Die Boykottierung eines Staates auf Gehelß einer ausländischen Parteiorganisation ist eine noch nie dagewesene Erscheinung, welche unabsehbare Möglichkeiten in sich schließt. Sie ist die Zerstörung der Grundlagen, auf denen das innerstaatliche und internationale Verkehrsleben aufgebaut ist. Der Boykott weist deutlich in der Richtung der proletarischen Diktatur.

Der Wiener ungarische Gesandte Dr. Graf erklärt in der „Reichspost": Der rasche Zusammenbruch des Boykotts sei geradezu ein europäisches Interesse, denn sonst hätte Europa von nun an in Amsterdam eine Weltregierung, welche heute Horthy, morgen vielleicht aber Lloyd George oder Millerand auf diesem Wege ihrer eigenen Politik aufdrängen könnten.

Badischer Industrie- und Handelstag.

Im großen Sitzungssaal der Handelskammer in Karlsruhe fand am 14. Juni unter dem Vorsitz des Präsidenten der Handelskammer Mannheim, Herrn Geh. Komerzienrat Engelhard, eine Präsidialkonferenz des Badischen Industrie- und Handelstages statt, zu der auch der Arbeitsminister Rückert, Minister des Innern Remmele und Finanzminister Köhler mit ihren Räten erschienen waren.

Im Mittelpunkt der Erörterung stand die Frage der Ertragssteuern, zu welcher Herr Geheimrat Engelhard einen ausführlichen Bericht erstattete, in dem besonders eindringlich dargelegt wurde, daß die Grenze der Belastung der Steuerpflichtigen durch die Reichssteuern nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten sei, sodaß von einer Zusatzbesteuerung durch Staat und Gemeinde keine Rede mehr sein könne. Dieser Bericht wird veröffentlicht werden. Insbesondere nahm die Präsidialkonferenz Stellung zu dem Vorentwurf eines badischen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes, sowie zu dem jüngst vom badischen Landtag erlassenen Gesetz über die Besteuerung des Liegenschafts- und Gewerbevermögens.

Nach einer ausführlichen Erwiderung des Ministers der Finanzen, der bezüglich des Notgesetzes ausführte, daß die Regierung sich deswegen auf § 8 des Landessteuergesetzes stützen zu können glaubte, und des Ministers des Innern wurden folgende Entschließungen gefaßt:

a) Zum Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz.

1. Der Vorentwurf eines badischen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes kann die Präsidialkonferenz des Badischen Handelstags in seinem Grundgedanken und in seiner Ausgestaltung im allgemeinen zustimmen. Anzuerkennen ist besonders die Festsetzung eines Höchstsatzes, der von Land und Gemeinde zusammen nicht überschritten werden darf. Anzuerkennen ist auch — allerdings auch nach der Rechtslage notwendig — die Beseitigung der fiktiven Erhöhung der größeren gewerblichen Betriebsvermögen, die eine besondere Härte des bisherigen Vermögenssteuergesetzes darstellte.

An diesen beiden Dingen ist unter allen Umständen festzuhalten.

2. Aber auch der volle Schuldenabzug muß verlangt werden, wie bei den Gewerbekapitalien so auch beim Immobiliarvermögen. Der Kampf darum muß endlich zum Abschluß kommen.

3. Mit dem Höchstsatz von 50 Pfg. für je 100 Mark Steuerkapital für Land und Gemeinde zusammen ist die Präsidialkonferenz einverstanden. Der Höchstsatz darf unter keinen Umständen höher gegriffen werden als in den anderen deutschen Ländern, damit endlich die steuerliche Ungleichheit in den verschiedenen Teilen Deutschlands mit ihren übeln Folgen für das badische Wirtschaftsleben verschwinde. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß Baden wie auch die anderen süddeutschen Länder verhältnismäßig mehr an den Reichssteuern zu zahlen haben als diejenigen Länder, deren Veranlagungsapparat

noch nicht so genau arbeitet wie die süddeutsche und noch auf Jahre hinaus nicht so genau arbeiten wird. Zu dieser ungesetzlichen aber kaum vermeidbaren höheren Belastung dürfen nicht auch noch Gemeindesteuern hinzukommen, die Baden dem Norden gegenüber noch weiter differenzieren.

4. Dem Begehren der Gemeinden daß ihnen volle Autonomie auf dem Gebiete der Besteuerung von Grundbesitz und Gewerbe nach Art und Höhe gewährt werde, muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. In Gemeinden mit starker industrieller Bevölkerung würde ein solches freies Besteuerungsrecht nur dahin führen können, daß die Gemeindeausgaben immer mehr ins Ungemessene steigen und dem gesamten Wirtschaftsleben der Gemeinde auch der letzte Rest von Leistungsmöglichkeit genommen würde, den ihm die Reichssteuern und der Frieden von Versailles noch übrig gelassen haben. Der Untergang des Wirtschaftslebens würde aber auch den Untergang der Gemeinde selbst bedeuten.

5. Die Gemeinden müssen in der heutigen trostlosen Zeit ihre Ausgaben auf das lebensnotwendigste herabsetzen. Ergibt sich, daß zur Deckung eines solchen auf das Unerläßliche zurückgeführten Aufwandes die Anteile aus den Reichssteuern zusammen mit den sonstigen Gemeindeeinnahmen nicht ausreichen — was heute noch fraglich ist — so hat das Reich die Verpflichtung, den Gemeinden aus seinen Steuererträgen soviel abzugeben, als zur vollen Deckung nötig ist. Dabei dürfen aber die jetzigen Steuersätze keine Erhöhung erfahren. Zuschläge dürfen den Gemeinden nicht gewährt werden. Der frühere Reichsfinanzminister Erzberger sagte darüber bei Beratung der Einkommensteuer: „Unmöglich ist es, noch Zuschläge zu den Sätzen der Einkommensteuer zu erheben, da diese das Aeußerste an Belastung darstellen, was man den Steuerzahlern noch zumuten kann."

Schon die nächsten Jahre werden ergeben, daß auch ohne Zuschläge die Reichssteuersätze von den gewerblichen Steuerzahlern — nur für diese haben wir zu sprechen — nicht getragen werden können.

Zum Notgesetz.

Die Präsidialkonferenz des Badischen Handelstags hält das jüngst vom Badischen Landtag angenommene Gesetz über die Besteuerung des Liegenschafts- und Gewerbevermögens im Rechnungsjahr 1920/21 für rechtlich anfechtbar.

Nach § 9 des Reichslandessteuergesetzes sollen Ertragssteuern der Länder und Gemeinden keine Merkmale aufweisen, die auf die Berücksichtigung der persönlichen Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers abzielen.

Dem genannten Badischen Steuergesetz liegt aber das badische Vermögenssteuergesetz zu Grunde. Dieses sieht bei der Veranlagung eine erhebliche Progression bei den gewerblichen und eine Degression bei den landwirtschaftlichen Betriebsvermögen vor. Es beurteilt also die Leistungsfähigkeit der einzelnen gewerblichen Steuerzahler unter sich wie auch im Vergleich mit den landwirtschaftlichen Steuerzahlern und diese wieder unter sich ganz verschieden, je nach der Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Berufsart und je nach den Gewerbekapitalien, über die sie verfügen.

Es sind also die Merkmale gegeben, die im Reichsgesetz über die Landesbesteuerung ausdrücklich untersagt sind.

Im Anschluß hieran wurde das bei der Erhebung der Reichseinkommensteuer durch die Arbeitgeber einzuschlagende Verfahren besprochen. Nach Berichten der Herren Richard Lenel und Dr. Ulm wurde beschlossen, das Reichsfinanzministerium zu ersuchen, im Benehmen mit dem Bund der badischen Arbeitgeberverbände eine Bestimmung dahin zu erlassen, daß allgemein zu gestatten ist, die Steuermarken nicht monatlich sondern vierteljährlich zu kleben.

Ueber die Frage der Ausfuhrabgaben erstattete der bestellte Berichterstatter Syndikus der Handelskammer Mannheim, Herr Dr. Ulm, einen ausführlichen Bericht. Nach eingehender Aussprache, an der sich fast alle Anwesenden beteiligten, wurde beschlossen, namens des Badischen Industrie- und Handelstages die Reichsregierung nachdrücklichst auf die bedauerliche Tatsache hinzuweisen, daß die Verordnung über die Erhebung von Ausfuhrabgaben vom 17. April, trotzdem sich die Voraussetzungen für diese Verordnung von Grund auf verändert hatten, ohne nochmalige Anhörung der beteiligten Kreise erlassen und dadurch großer Schaden für unsere Volkswirtschaft verursacht wurde. Ferner soll mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, daß die Ausfuhrabgaben, die nunmehr jeder Berechtigung entbehren, wieder abgeschafft werden.

Ueber die in Aussicht genommene Umwandlung der Unterstützungsabteilung vom Roten Kreuz in eine gemeinnützige G. m. b. H. berichtete Herr Syndikus Dr. Krienen. Den Anträgen des Berichterstatters folgend, sprach sich die Versammlung grundsätzlich gegen eine Fortführung kriegswirtschaftlicher Organisationen in der Friedenszeit aus. Eine weitere Aussprache über diese Angelegenheit, sowie über andere Sozialisierungsbestrebungen soll bei einer für den Herbst in Aussicht genommenen Tagung der Hauptversammlung des Badischen Handelstags herbeigeführt werden.

Sodann beschäftigte sich der Handelstag mit der Frage des Ausbildung von Stenographen, die nach Ansicht der Vertreter des Wirtschaftslebens dringend einer Besserung bedarf. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen des Berichterstatters, Herrn Kommerzienrat Sauerbeck-Mannheim, an und befürwortete unter Ablehnung der — von anderer Seite vorgeschlagenen — Errichtung eines Landesamtes für Kurzschrift, die Errichtung von stenographischen Prüfungsämtern durch die Handelskammern in der Messe, wie es durch die Handelskammer Mannheim bereits geschehen ist.

Der Vizepräsident der Handelskammer Mannheim, Herr Michael Rothschild, machte vom Standpunkt des Einzelhandels aus Ausführungen über Zahlungs- und Lieferungsbedingungen der Lieferanten, wobei er bemerkte, daß es wünschenswert sei, daß für die zu liefernden Waren die Verbands- und Konventionsbedingungen für die Zeit von drei Monaten zur Abwicklung und Eintzung der Vertragstellnehmer unterlanden anzuheben sei. Die Versammlung schloß sich insofern den Ausführungen des Berichterstatters an, als sie befürwortet, daß Schiedsstellen zur Schlichtung von Streitfällen eingerichtet werden.

Der gleiche Berichterstatter wies auf die Benachteiligung des Einzelhandels durch die Notstandsversorgung hin. Der Badische Handelstag wird dem Antrag entsprechend darauf hinwirken, daß die Verteilung der Waren der Notstandsversorgung lediglich durch die Reichsverteilerläger erfolgen soll. Gegen einseitige Bevorzugung anderer Organisationen, die sich sonst nicht mit dem Handel dieser Waren beschäftigen, wurde Verwahrung eingelegt.

Einmütiger Widerspruch wurde erhoben gegen die neuerliche Verteuerung der Post- und Fernsprechgebühren, die insbesondere zahlreiche Kleinhandel- und Gewerbetreibende empfindlich schädigen, sowie gegen die Erhebung einer Zwangsanleihe von Mk. 1000.— für jeden Fernsprechteilnehmer.

Der Industrie- und Handelstag wird mit allen Mitteln dahin wirken, daß diese Bestimmungen durch den neuen Reichstag eine Aenderung erfahren.

An Hand eines Berichtes des Reichskohlenkommissärs wurde sodann noch die Frage der besseren Versorgung Süddeutschlands mit Kohle besprochen und nach Aufklärung über den Stand der Sache die anwesenden Regierungsvertreter gebeten, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß besonders auch die Verkehrswege so ausnützt werden, daß wir im Winter vor einer Katastrophe bewahrt bleiben.

Zum Schluß berichtete noch Herr Kommerzienrat Sauerbeck zu dem Entwurf eines neuen Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

Vermischte Nachrichten.

WTB. **Berlin**, 21. Juni. Der Abgeordnete Staatsminister a. D. Dr. Robert Friedberg ist gestern abend plötzlich an Herzschlag verstorben.

— **Das Ende der Straßenbahnen** scheint unaufhaltsam zu sein. Die hohen Unkosten und Lohnforderungen werden durch die Einnahmen nicht mehr gedeckt. Folgende Straßenbahnen mußten in letzter Zeit wiederum ihren Verkehr vollständig einstellen: Zittau, Freiberg, Gera, Mitweinberg, Melkhen, Schönebeck, Altenburg, Naumburg, Jena. Vom 1 Juli ab sollen zur Einstellung kommen u. a. die Straßenbahngesellschaften Eberswalde, Elberfeld, Solingen und Guben. Verhandlungen über volle Einstellung der Betriebe sind weiter im Gang in Halle, Osnabrück, Bielefeld, während Stuttgart, Frankfurt a. M., Wilhelmshaven, Liegnitz und Kottbus vor bedeutenden Betriebseinschränkungen stehen.

— **5000 Telephonanschlüsse in München gekündigt.** Infolge der Gebührenerhöhung sind in München bis jetzt schon 5000 Telephonanschlüsse gekündigt worden. Auch in den anderen bayerischen Städten sind massenhafte Abmeldungen eingelaufen. Die Postverwaltung rechnet leichthin damit, daß sich bei jeder Gebührenerhöhung die Zahl der Teilnehmenden zuerst vermindert und dann doch wieder gehoben habe und meint, daß es bei den anfänglichen Anfängen, die den Teilnehmern jetzt zugemutet werden, schon wieder ebenso kommen werde. Diesmal könnte sich aber die Postverwaltung doch verrechnet haben, trotz des Milliardenfonds, den sie den Teilnehmern tausendmarkweise abzuknöpfen gedenkt!

— **Der Preissturz in Amerika.** Nach einer Drahtmeldung des Kopenhagener Mitarbeiters der „Voss. Ztg." berichtet die „World" über den rapiden Preissturz in Amerika. Hiernach sind Herrenkleider von 60 Dollar auf 28½ Dollar und Damenkostüme von 80 auf 50 Dollar gesunken. Damenschuhe, die vor einem Jahr noch 20 Dollar kosteten, sind auf 11½ Dollar herabgesetzt worden. Ein großes Modegeschäft in Boston hat seine sämtliche Preise um die Hälfte ermäßigt, ein bedeutendes Schuhgeschäft in San Francisko verkaufte an einem einzigen Tage sein gesamtes Lager aus, nachdem die Preise um 40 Prozent herabgesetzt worden waren. In Philadelphia setzten alle Geschäfte ihre Preise um 20 bis 40 Prozent herab. Im Omaha haben die Magazine einen allgemeinen Preisabschlag bis zu 50 Prozent vorgenommen. In Cincinnati sind die Preise um 75 Prozent zurückgegangen.

— **Kein Sinken der Bücherpreise.** Aus Buchhändlerkreisen wird folgendes mitgeteilt: Die Hoffnungen auf ein baldiges Sinken der Bücherpreise werden sich leider in absehbarer Zeit schwerlich erfüllen. Zunächst sei betont, daß die Verteuerung bei Büchern keineswegs das Maß erreicht hat wie bei anderen Warengattungen. Bücher sind heute, an den Preisen aller anderen Waren, vor allem an der Verteuerung der Rohstoffe und der Erzeugungskosten gemessen immer noch billig. Der Buchhandel ist im Interesse der Absatzmöglichkeit seiner Erzeugnisse aus wohlüberlegtem Verantwortlichkeitsgefühl der allgemeinen Preissteigerung nur sehr zögernd gefolgt. Da die Papierpreise, Löhne und Gehälter, die sich im übrigen erst in der Preisbemessung für die jetzt herausgekommenen Neuerscheinungen deutlicher auswirken, in absehbarer Zeit sicher keine wesentliche Verbilligung erfahren werden, wird also auch eine Herabsetzung der Bücherpreise nicht möglich werden; im Gegenteil: man wird mit weiteren, teilweise erheblicher Steigerungen rechnen müssen.

— **Mädchen, die man heiraten soll.** Gerade den besten Männern ist daran gelegen, nicht nur eine passende Frau, sondern auch eine gesunde, gute Mutter für ihre späteren Kinder zu bekommen. Man heiratet ja nicht nur für die Flitterwochen, sondern für's ganze Leben — und des eigenen Lebens Zukunft. „Nicht fort nur, sondern hinauf will man sich pflanzen!" So abgebraucht schon dieses Wort von Nietzsche ist, liegt doch in seinem Sinn die ganze Köstlichkeit des Willens zum Leben. Kein Mädchen sollte sich daher beleidigt fühlen, wenn es von seinem Verehrer nach etwaigen überstandenen oder noch bestehenden Krankheiten befragt wird. Und ein Gebot ernster, heiliger Pflicht soll es für sie sein, ihm wahrheitsgemäß zu antworten. Natürlich steht dieses Recht der Orientierung auch dem Mädchen zu. Sogar über die Todesursache der Voreltern des andern sollte jede Braut und jeder Bräutigam gewissenhaft Aufschluß geben. Um wahrzunehmen, ob die Erwählte auch eine gute Frau und Mutter sein wird, prüfen vielleicht ihre Damen im Verkehr mit Eltern und Geschwistern. Wenn sich ein Mädchen lieb gegen die Geschwister beträgt und einem guten Vater, einer guten Mutter innigste Verehrung entgegenbringt, glaubt der Verehrer auch die Gewißheit zu haben, in der Erwählten später eine gute Hausmutter zu finden. Ebenso achten kluge Heiratskandidaten darauf, ob ihr Mädchen schmuck und sauber geht — sozusagen „auf sich hält" — und Nadel und Zwirn gut zu handhaben versteht. Ein Mädchen, das sich heute den Roßkamm abtritt und ihn morgen noch nicht angeübt hat, dem heute ein Knopf verloren geht, der auch beim nächsten Spaziergang noch fehlt, wird später mal keine saubere Frau sein (mag es auch Ausnahmen geben). Wirres Haar, schmutzige Schuhe und ein unsauberes Taschentuch haben schon manchen Liebes- und Lebensbummer verschuldet. Leider gibt es genug Mädchen, die sich täglich die Nägel polieren, aber nicht die Schuhe wichsen. Wie sehr ein Mädchen, das sich verheiraten will, auf alles sehen muß, erhellt aus folgender wahren Geschichte: Mehrere junge Herren und Damen unternahmen einen Ausflug ins Gebirge. Der Weg führte über einen Bach, dessen Steg das letzte Unwetter weggerissen hatte. Die frohgestimmten jungen Leute ließen sich aber die Mühe nicht verdrießen, nach einer natürlichen Uebergangsstelle zu suchen. Sie fanden eine Furt Steine und entschlossen sich über den Bach zu balanzieren. Leider mußte dabei gerade die schönste im Kranze der jungen Damen ausgleiten und ins Wasser fallen. Völlig durchnäßt zog sie ihr Verehrer aus den Fluten. In der nächsten Waldschenke brachte man ihr trockene Schuhe und Strümpfe. Da, o weh! Beim Entkleiden der Füße zeigte es sich, daß die Dame vergessen hatte, vor dem Ausflug ihre Füße zu waschen. Dem Verehrer verging dabei nicht nur das Hören und Sehen, sondern auch das Heiraten.

— Im Weltkrieg hat Japan die denkbar besten Geschäfte gemacht. Es hat uns das Tsingtauer Schutzgebiet und die Südseeinseln abgenommen, Schantung mit den dortigen Kohlengruben besetzt, in China Boden gewonnen, deutsche Schiffe beschlagnahmt und ungeheures Geld durch Waffenlieferungen verdient. Jetzt reist es auch nach Ostsibirien an sich. Am 15. Mai erklärte Japan der Moskauer Räteregierung, daß es zum Friedensschluß unter der Bedingung bereit sei, daß Rußland Wladiwostok an Japan abtreten würde. Erreicht Japan dieses Ziel, so beherrscht es die ostsibirische Küste und besitzt die Eingangspforte nach Sibirien. Außerdem hat sich Rußland aus der Mandschurei, dem Ussurigebiet, der Kamtschatka-Halbinsel als politische Macht zurückzuziehen. Die Mandschurei wird, soweit sie nicht schon zu Japan gehört, an China zurückfallen. Das Amurland soll mit Transbaikalien zusammen einen nichtbolschewistischen Pufferstaat unter eigener Verwaltung bilden, so daß Japan durch eine doppelte Kette von Randländern von Sowjetrußland getrennt sein würde. Wem auf die Dauer die Herrschaft über die Randstaaten zufallen würde, kann kaum einem Zweifel unterliegen. Damit wäre ganz Ostsibirien japanische Provinz.

Astronomische Katastrophen.

Von Prof. Dr. M. B. Weinstein*), Geheimer Regierungsrat.

Da in unserem Weltsystem alle Körper sich gegenseitig anziehen, so kann es keinen Körper geben, der in Ruhe verharrt, alle Körper müssen sich um- und durcheinander bewegen. Tatsächlich bilden die Körper Systeme wie unser Sonnensystem, in dem Monde und Planeten umeinander kreisen, dann diese zusammen und die Sonne umeinander. Solche Systeme werden dann wieder umeinander sich drehen und so ein höheres System bilden, diese höheren Systeme abermals ein höheres u. s. f. In unserem Sonnensystem bewegen sich Planeten u. Monde in Bahnen, die im Verhältnis zu ihren Abständen bis so weit gestreckt sind, daß sie sich durchschneiden, obwohl sie fast alle in gleicher Ebene (Ebene der Ekliptik) liegen. Die Bahnen befinden sich innerhalb einander, und so können sich die sie durchlaufenden Körper niemals treffen; sie sind sich nur bald näher (in der Konjunktion), bald ferner (in der Opposition). Selbst die Venus kommt der Erde nur auf etwa 40 Millionen Kilometer nahe, das ist etwa das Hundertfache des Abstandes des Mondes von der Erde. Aber schon in unserm System sind Körper vorhanden, deren Bahnen ihre und die Planetenbahnen durchschneiden oder die wenigstens so nahe aneinander vorbeigehen, daß ein vollständiges Zusammenprallen stattfinden kann oder eine sehr erhebliche Beeinflussung der gegenseitigen Bewegung. Es sei an die Meteore erinnert, die z. B. von unserer Erde aus ihrer ihr zu nahekommenden Bahn herabgerissen werden. Zwanzig Millionen Kilogramm an solchen Meteoren eignet sich die Erde auf diese Weise im Laufe jedes Jahres an. Für die kolossale Erde hat der Zusammenstoß keine besondere Wirkung. Die größten Meteore, die wir kennen, entsprechen nur etwa einem kleinen Hügel. Aber für die Meteore selbst bedeutet dieser Zusammenstoß in vielen Fällen Zertrümmerung und oft Verbrennen in der Luft infolge der starken Reibung beim Durchfahren derselben; für sie ist er eine Katastrophe. Nun ist es keineswegs ausgeschlossen, daß auch große Himmelskörper, ja ganze Systeme, auf ihrem Wege durch das Weltall zusammentreffen; das wäre dann für beide Teile von dem furchtbarsten Folgen: Zerschlagung, Entbrennung, Verflüchtigung zu Dunst, für etwaige Lebewesen völlige Vernichtung. Die Entfernungen zwischen den großen Himmelskörpern und Systemen sind freilich ungeheuer; der uns nächste Fixstern, a Centauri, steht von uns an hunderttausendmal weiter ab als die Sonne. Wie die Bahnen der Sterne und Systeme von Gestirnen gestreckt sind, wissen wir nicht. Daß aber Gestirne sich in gewaltig gedehnten Bahnen bewegen, dafür ist uns unser eigenes Sonnensystem Beweis, das als Ganzes mit der Geschwindigkeit von 20 Kilometern in der Sekunde in einer Bahn dahineilt, deren etwaige Krümmung in Jahrzehnten noch nicht hat erkannt werden können, so daß sie wie gerade ausschaut. Unter solchen Umständen vermöchten auch fernst gesetzte Gestirne und Systeme einmal zusammenzutreffen zumal die Zahl der Gestirne und Systeme sehr groß ist, wohl an zehntausend Millionen heranwächst. Wir kennen am Himmelszelt ganze Driften von Gestirnen, und nach jetzigen Annahmen sind z. B. insbesondere zwei solche Driften vorhanden, die fast ineinander nach entgegengesetzten Richtungen der größten Ausdehnung der Milchstraße bewegen. Zu einer dieser Driften gehört sogar unser Sonnensystem. Zweifellos können und werden darum im Laufe der Zeit Weltzusammenstöße, Weltkatastrophen vorfallen, mögen solche auch durch Jahrmillionen geschieden sein.

Allein unsere Zeit hat nicht über Lust, Katastrophen auch in ganz kurzen Zwischenräumen anzunehmen und die „neuen Sterne" zu den Unglücklichen zu zählen, die solchen Katastrophen verfallen waren. Die erste Beobachtung eines „neuen Sternes" geschah 1572 in der Kassiopeia, der bis über die Helligkeit des glänzendsten Fixsterns, Sirius, anwuchs und schon zwei Jahre später fast in Dunkelheit verschwand. In unserer Zeit ist die Nova Persei ein solcher Wunderstern, der am 21. Februar 1901 erschien, rasch an Helligkeit anwuchs, wieder ein wenig verfiel, aber nach zwei Tagen als Sterne überstrahlte, plötzlich abermals abnahm und dann allmählich sank, so daß er jetzt zu den lichtschwächsten Sternen (12. Größe) gehört. Noch jünger, vom 11. März 1912, ist die Nova Geminorum, die freilich nur bis 5. Größe anwuchs. Diese Sterne, zu denen sich schon aus den wenigen Jahrhunderten genauerer Kontrolle des Himmels noch viele andere gesellen, sind sicher vor ihrer Erscheinung vorhanden gewesen, aber so schwach leuchtend, oder vielleicht ganz dunkel, daß sie der Beobachtung entgingen. Wenn sie nun plötzlich so grell aufleuchteten, muß irgend Furchtbares an ihnen vorgefallen sein. Die einfachste Annahme ist ein Zusammenstoß mit einem anderen Ungetüm, der beide in Hochglut versetzte. Hierfür scheint zu sprechen, daß an der Nova Persei Nebel beobachtet wurden, die den Stern spiralig umwanden und sich von ihm anscheinend mit der ungeheuren Geschwindigkeit von mehr als 80 000 Kilometer in der Sekunde (man findet solche Geschwindigkeiten nur bei den sogenannten α-Strahlen des Radiums, die aus Elektronen bestehen) in den Raum zerstreuten. Selbst wenn diese Nebel, wie manche Astronomen meinen, nicht dem Stern selbst angehört haben, sondern der Umgebung, und nur im Widerschein des mächtigen Lichtes des Sterns sichtbar geworden sein sollen, deutet doch alles auf eine Katastrophe, der der Stern verfallen war. Arhenius hat bekanntlich solche Katastrophen benutzt, um die Entstehung neuer Systeme aus alten abzuleiten. Seeliger meint, daß die Katastrophe nicht durch Zusammenstoß mit einem Sterne, sondern dadurch herbeigeführt sei, daß der Stern auf seinem Wege in einen Weltnebel geraten sei und ihn, wie Meteore in unserer Luft, zu Glut entzündet habe. Dieser Hypothese widerspricht die Plötzlichkeit des Aufleuchtens und die Raschheit des Abnehmens. Letztere ist freilich überhaupt schwer mit der Annahme einer gewaltigen Durchglühung zu vereinigen. Sonst leuchten Himmelskörper Millionen und Millionen von Jahren in fast unverändertem Glanz, schon infolge ihrer Kolossalität, ganz abgesehen von der ständigen Wärmezufuhr durch Zusammenstoß, Aufnahme von Meteoren, Strahlung von Radium und ähnlichen Stoffen usf., welche bei der Nova Persei gesehen haben kann. Es ist also manches noch recht unklar.

Das betrifft jedoch nur die Frage, ob die „neuen Sterne" eine Katastrophe an sich kundtun, nicht, ob Katastrophen der genannten Art vorfallen können. Letzteres müssen wir durchaus bejahen, auch wenn die „neuen Sterne" infolge von nicht katastrophalen Vorgängen aufleuchten sollten, die wir noch nicht kennen. — Auch wenn Körper nur nahe aneinander vorübergehen, kann es für einen von ihnen oder für beide zu verhängnisvoller Folge führen. So haben viele Kometen dadurch, daß sie Jupiter zu nahe kamen, eine ganz neue Bahn um die Sonne erhalten, manche sind überhaupt dadurch erst unserem Sonnensystem einverleibt worden, während sie vorher wer weiß welchem Systeme angehörten und nur infolge ihrer übermäßig gestreckten Bahn in unser System hineingerieten. In unseren Tagen haben wir den Durchgang (oder nur Vorbeigang.) der Erde durch den Schweif des Halleyschen Kometen erlebt. Man hat sich über die Furcht vieler lustig gemacht und gesagt, die Erde ginge durch diesen Schweif so hindurch wie ein Elefant durch ein Spinnwebnetz. Gewiß, das Spinnwebnetz ist sogar noch viel zu derb gewählt. Aber die Kometen enthalten auch giftige Gase, und wenn diese in dem Schweife des Halleyschen Kometen in einiger Menge vorhanden gewesen wären, hätte das bei der immerhin nicht kurzen Dauer dieses Durchganges den lebenden Wesen der Erde doch verhängnisvoll werden können. Das ist keine Katastrophe durch groben Stoß oder durch Reibung, sondern durch chemische Einwirkung, aber für die lebende Welt eine Katastrophe wie nur irgendeine.

*) Das Büchlein erschien als 470. Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt": Der Untergang der Welt und der Erde in Sage und Wissenschaft. Von Prof. Dr. M. B. Weinstein. (Leipzig, B. G. Teubner. Geh. Mk. 1.— geb. 1.25) und bildet ein Gegenstück zu des Verfassers „Entstehung der Welt und der Erde nach Sage und Wissenschaft". Es bietet auf einem Rundgang durch alle vergangenen und lebenden Völker die Sagen über dieses interessante Problem, namentlich auch vom religiösen Standpunkt, und stellt ihnen alsdann die modernen wissenschaftlichen Anschauungen, besonders der Astronomen, Geologen und Physiker über einen Untergang der Welt gegenüber.

Tagungen in Baden.

Arbeitgeberbund-Tagung für das Baugewerbe Badens.

or. **Offenburg**, 18. Juni. Der Landesverband Badens des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hielt hier seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Besuch war außerordentlich stark und zwar aus allen Teilen des Landes. Der langjährige Vorsitzende des Verbandes, Ludwig Mayer aus Freiburg eröffnete die Tagung und richtete seine Begrüßungsworte besonders an die Vertreter des Verbandes des Tiefbaugewerbes und des bad. Zimmermeisterverbandes. Ein ernster Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage leitete die Berichterstattung des Vorsitzenden ein, der über die Schiedsgerichtsverhandlungen im Arbeitsministerium betr. Lohntarifsfragen im Baugewerbe sprach. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Nach dem Tätigkeitsbericht, der auf die rege Arbeit im Verband schließen ließ, wurde von Verbandskassier Schandelmayer-Freiburg der Kassenbericht erstattet; das Verbandsvermögen ist um 1260 Mk. gestiegen und beträgt jetzt 15 001 Mk. Die üblichen Entlastungen wurden erteilt. Zwei interessante Referate über „Baugeschäfte und Architekten" und über „Landespreis und Geschäftsunkosten" gaben zu regerer Aussprache Anlaß. Der Antrag des Verbandes bad. Zimmermeister E.V. um korporativen Anschluß an den Verband wurde einstimmig genehmigt.

Aus Baden.

Das Siedlungsgesetz im Verfassungsausschuß.

oc. **Karlsruhe**, 21. Juni. Der Verfassungsausschuß des Landtags hat in der vergangenen Woche die Beratungen der badischen Ausführungsbestimmungen zum Reichssiedelungsgesetz fortgesetzt. Der Berichterstatter über diesen Gegenstand, Abg. Dr. Gothein (Dem.), schlug einige Richtlinien vor, darunter folgende: Enteignung von Parzellen im Streubesitz ist, sofern der Besitz 100 Hektar übersteigt, unbeschränkt möglich; die Zuteilung von enteigneten Parzellen zu Eigentum erfolgt durch die Staatsbehörden, nicht durch die Gemeinden. Für enteignete Parzellen, die zu Eigentum gegeben werden, besteht ein Rückkaufsrecht des Voreigentümers und des Staates, sobald sie in ungeeigneter Weise weiterverkauft werden. Bei der Besprechung dieser Leitsätze hob ein sozialdemokratischer Abgeordneter hervor, daß vor allem die Enteignung der Standesherrschaften infrage komme, soweit der parzellierte Besitz dies notwendig mache. Auch die Güter der toten Hand seien hier heranzuziehen. Das Bestreben der Landwirte sei eine Loslösung von den Standesherrschaften. Vom einem Zentrumsredner wurde darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse sehr verschieden seien; die einen Landwirte wünschten Pacht, die anderen Eigentum. Von demokratischer Seite wurde bemängelt, daß manche Standesherren den Anforderungen der Zeit nicht Rechnung tragen wollten. Von Abgeordneten verschiedener Parteien wurde betont, daß die großen Höfe im Hinblick auf die Volksernährung erhalten bleiben müßten. Eine Abstimmung fand nicht statt.

*

oc. **Karlsruhe**, 20. Juni. Trotz der vor zwei Monaten eingetretenen sehr erheblichen Tariferhöhung auf der städtischen Straßenbahn hat der Verkehr nicht nachgelassen. Im April, in jenen letzten Tagen erst die Tariferhöhung eintrat, wurden rund 3 Millionen Personen befördert und im Mai über 3 160 000 Personen. Die starke Benützung der Straßenbahn ist dem immerhin noch ziemlich billigen Fahrscheinheften zu verdanken.

oc. **Karlsruhe**, 20. Juni. Auf Anregung des Theaterkulturverbandes wird vom 18. bis 26. September hier eine sogenannte Badische Woche veranstaltet, in der dramatische und musikalische Vorführungen unter der Oberleitung des Intendanten des Badischen Landestheaters vorgesehen sind, ferner eine Ausstellung badischer Kunst und Keramik. Daneben sollen noch sportliche Veranstaltungen stattfinden.

oc. **Karlsruhe**, 20. Juni. Der Vorstand der deutsch-nationalen Volkspartei (Christl. Volkspartei in Baden) hat in seiner letzten Sitzung am 17. bs. beschlossen, seine Bezirksorganisationen aufzufordern, einen flammenden Protest gegen die Verwendung schwarzer Truppen im besetzten Gebiet zu organisieren. Der Vorstand hält insbesondere die Frauen der Partei für verpflichtet, diese völkische Ehrenangelegenheit führend in die Hand zu nehmen und sich gegen die schwarze Schande zur Wehr zu setzen unter Hinweis auf die jeder Beschreibung spottenden, moralisch und gesundheitlich unmöglichen Zustände im besetzten Gebiet.

beschädigten werden in Fürsorge genommen, und keiner hat es nötig, auf der Messe herumzustützen und zu betteln.

oc. **Sandhofer** bei Mannheim, 20. Juni. Wegen Kindsmordes ist ein hiesiger Gutsverwalter verhaftet worden. Wie die „Volksstimme" berichtet, hatte er schon kurz nach der Geburt des Kindes von der Hebamme verlangt, sie solle das Kind im Badewasser ertränken, er gäbe ihr eine gute Belohnung. Die Frau tat dies nicht und als sie andern Tags wieder auf das Gut kam, hatte der Verwalter das Kind bereits in die Dunggrube geworfen.

oc. **Heidelberg**, 20. Juni. Im Rohrbacher Stadtviertel sind 17 Personen nach dem Genuß von Wurst erkrankt, die aus einem Landort stammte. Es wurde festgestellt, daß das geschlachtete Tier, aus dessen Fleisch die Wurst hergestellt wurde, typhuskrank gewesen ist, denn alle erkrankten 17 Personen haben nun ebenfalls Unterleibstyphus. Der Zustand einiger der erkrankten Personen ist bedenklich. In einer Gastwirtschaft wurden zehn Personen wegen Glückspiels verhaftet. Die Spielgelder wurden beschlagnahmt. — In Ziegelhausen wurde der 6jährige Sohn des Gerbers Schmidt von einem umstürzenden Wagen getötet.

oc. **Lahr**, 18. Juni. Wie der hiesige „Anzeiger" berichtet, hat der Kunsthändler Ludwig Markt in Seelbach in einem Freiburger Privatbesitz ein Gemälde von Lukas Cranach entdeckt, das die Jahreszahl 1531 aufweist.

Neuenburg, 18. Juni. Die Fahnenweihe des hiesigen Musikvereins, die für Sonntag geplant war, ist vom Bezirksamt Müllheim nicht genehmigt worden. In erster Linie war für dieses Verbot die Sorge maßgebend, daß die Maul- und Klauenseuche durch das Fest hierher verschleppt werden könnte. Ferner hielt es das Bezirksamt für unangebracht, angesichts des Friedens von Versailles vor den Augen der Franzosen Freudenfeste abzuhalten.

oc. **Neustadt** i. Schw., 20. Juni. Während der letzten sehr kühlen Tage ist die Preiselbeerblüte durch Frost vernichtet worden. Auch die Heidelbeeren haben sehr gelitten.

oc. **Furtwangen**, 20. Juni. In Attifrmenwald hat sich ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Das bei einem Sägebesitzer beschäftigte 14jährige Dienstmädchen Theresia Disch betrat einen verbotenen Raum, wurde hierbei von der Transmissionswelle erfaßt und auf der Stelle getötet.

oc. **Immendingen**, 20. Juni. Auf der Fahrt von Tuttlingen hierher bemerkte die 22jährige Tochter des Schlossermeisters Joh. Koch von Trossingen, daß sie in einen falschen Zug eingestiegen war. Das Mädchen sprang heraus und wurde auf der Stelle getötet.

Konstanz, 18. Juni. Nach Anzeige in der Konstanzer Zeitung vom 16. ds. Mts. sind in Hagnau a. B. drei schöne prima Dachshunde zu verkaufen; dieselben sollen von erstklassigen Jägern abstammen. — Was die Jäger doch nicht alles fertig bringen!

Die Scheu vor dem Hervortreten.

W. W. Das Bürgertum der guten alten Zeit scheute nichts mehr als ein Hervortreten an die Oeffentlichkeit. Es war geradezu das Kennzeichen eines ehrbaren Menschen, daß er still seine Arbeit tat, sich sonst aber nur seiner Familie und höchstens einmal einer öffentlichen Lustbarkeit widmete. Diese Gesinnung lebt in zahlreichen hervorragenden Männern des deutschen Wirtschaftslebens noch heute fort. Sie haben nicht nur kein Bedürfnis, sondern sogar einen ausgesprochenen Widerwillen gegenüber einer Betätigung in der Oeffentlichkeit. Sie erkennen auch nicht eine Pflicht gegenüber der Gesamtheit an, die sie etwa moralisch zwingen könnte, ihren Widerwillen zu überwinden u. ein öffentliches Amt zu übernehmen.

In früheren Zeiten war diese Scheu vor dem Hervortreten ziemlich unbedenklich; die Welt schied sich in Beamte und Nicht-Beamte und der gute Bürger gehorchte mehr oder minder freudig, ohne je auf den Gedanken zu kommen, er könne durch eine Mitwirkung den Gang der Dinge beeinflussen. Als dann die deutschen Volksvertretungen entstanden, bildete sich ein Stand von Berufs-Politikern heraus, der erwerbsklüge Deutsche dagegen beschränkte sich auf die Abgabe eines Stimmzettels alle paar Jahre und kümmerte sich sonst aktiv überhaupt nicht um öffentliche Fragen. In den letzten 2½ Menschenaltern sind die politischen und wirtschaftlichen Fragen immer komplizierter geworden; die Einwirkungsmöglichkeit von Staat und Gemeinde auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete hat an Umfang und Grad stark zugenommen. Die Mehrzahl der im Wirtschaftsleben Stehenden blieb jedoch abseits und ließ sich lieber herzlich schlecht regieren, als daß sie auf den ihnen im Grunde sehr gut bekannten Gebieten sich zur Mitwirkung entschlossen hätte.

Von den Aposteln des Klassenkampfes wird dem Volke weiß gemacht, unsere führenden Wirtschaftler hätten kein anderes Interesse als Geldgier und höchstens noch Machtgier. Sie vergessen, daß die Tätigkeit in den Parlamenten und der Schmutz, dem sich jeder im öffentlichen Leben Stehende aussetzt, keineswegs etwas Erstrebenswertes sind und daß die Tätigkeit in der Oeffentlichkeit das Geldverdienen nicht erleichtert, sondern erschwert. Noch stehen zahlreiche hervorragende Männer, deren Rat und Hilfe unserer niedergebrochenen Wirtschaft unschätzbare Dienste leisten könnten, verständnislos abseits. Noch hat sich auch nicht eine engere Fühlungnahme zwischen den Vertretern großer Wirtschaftszweige und -Gruppen herausgebildet. Die Wirtschaftler gehören genau so den politischen Parteien an wie die Nicht-Wirtschaftler. Zwischen ihnen türmen sich die sogenannten Weltanschauungen, Mauern und Fraktionszäune auf und verhindern, das sie sich zur Abwendung unmittelbar drohender Not verständigen. Die Einberufung des Reichswirtschaftsrats steht unmittelbar bevor. Die Parteibildung in diesem Wirtschaftsparlament kann befruchtend auf eine Zusammenarbeit der im Reichstag stehenden Wirtschaftler einwirken. Die kommende deutsche Regierung wird einen starken Einschlag in ein sogenanntes „Wirtschafts-Kabinett" aufweisen. Die in allen Parteien stehenden Vertreter der Wirtschaft s

154 000 Mark überschritten. Für die Jahre 1920/21 muß der Verein mit einem Vermögensverlust von einer halben Million rechnen. Die Vereinszeitschrift „Freiburger Münsterblätter" können infolge der ungeheuren Herstellungskosten vorerst nicht mehr erscheinen. Die Bautätigkeit war auch in dem verfl. Jahre eine sehr rege; sie wandte sich vor allem der Instandhaltung des Turmes zu. Wie Münsterbaumeister Kempf mitteilte, wird beim weiteren günstigen Fortschreiten der Arbeiten im Herbst 1921 das ganze Turmgerüst fallen können. Das Reinvermögen des Vereins betrug zu Beginn ds. Js. 3,5 Mill. gegen 3,6 Millionen zu Beginn 1919.

oc. **Freiburg**, 20. Juni. Generalleutnant a. D. Ferdinand v. Beck feierte vor wenigen Tagen seinen 70. Geburtstag.

Buchholz, 18. Juni (Silbernes Priesterjubiläum). Am 4. Juli feiert der hochw. Herr Pfarrer Keller sein silbernes Priesterjubiläum. Von seinen 25 Priesterjahren hat er 20 Jahre gesegnetvoll in der hiesigen Gemeinde gewirkt.

⊙ **Waldkirch**, 21. Juni. Auf der Tagesordnung zur Bürgerausschußsitzung am Freitag, den 25. Juni d. Js., nachmittags 5 Uhr im Rathaussaal stehen folgende Beratungsgegenstände: 1. Realschulfrage; 2. Uebernahme des Schulinventars der Privatrealschule von Dr. Pfähn; 3. Beschaffung von Mitteln zur Bestreitung der laufenden Gemeindeausgaben; 4. Erhebung einer Lehrerzitatzhöhe; 5. Fremdensteuer; 6. Erhöhung der Strompreise für Licht und Kraft; 7. Erhöhung des Wasserzinses; 8. Erhöhung der Gebühren für Vorzugsplätze und Familiengräber; 9. Erhöhung des Schulgeldes für die Musikschule; 10. Erhöhung der Tagesgebühren für Steinsetzer; 11. Vorschüsse an die städt. Beamten, Angestellten und Arbeiter; 12. Unentgeltliche Ueberlassung der Turnstätten u. Spielplätze an die Turn- und Sportvereine; 13. Kauf des Gasthauses zum Adler; 14. Kauf des alten und neuen Mohren; 15. Errichtung einer etatsmäßigen Handelslehrerstelle; 16. Aenderung der Sparkassenfatzungen.

Handel und Verkehr.

Freiburg, 19. Juni. Auf dem Schweinemarkt waren zum Verkaufe ausgestellt: 577 Schweine, wovon 277 Läufer zu 700—800—1400 Mark, 300 Ferkel zu 300—500—650 Mark das Paar verkauft wurden. Der Verkehr war sehr lebhaft bei hohen Preisen.

Bücherschau.

Staatsbankerott und Vermögensrettung. Unter diesem Titel erschien soeben im Zeitfragen-Verlag, Berlin-Zehlendorf-West, eine von Herrn Dr. Oskar Stillich, Dozent an der Humboldt-Hochschule, Berlin, verfaßte Broschüre. Preis Mk. 4.—, zug. Porto.

Baumwollarbeitslosigkeit und Nahrungsmittelmangel haben ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, er steht bevor und damit die kritische Zeit deutschen Elends. Wie man es lindert und für alle Zukunft beseitigen kann, zeigt die gemeinnützige „Heimkultur" zu Wiesbaden in der neuesten Veröffentlichung **„Heimkultur-Stampfbau, die Volksbauweise der Zukunft".** Großes Lehrbuch der Stampfbauweise (Lehmdrahtbau usw.). 2 Teile. Mit 500 Abbild. Jeder Teil 3 Lief. à Mk. 2.50, geb. Mk. 18.—.

Die häufigste Krankenpflege und das Verhalten bei ansteckenden Krankheiten von Hofrat Dr. K. Doll-Karlsruhe. 6°. 114 S. 21 Abbildungen. Max Hesse's Verlag, Berlin W. 15. Preis vornehm gebunden 1.75 Mk.

Witterungsübersicht.

Hoher Druck, der von Spanien aus sich gestern über Südwestdeutschland ausbreitete, brachte im größten Teil des Landes einen heiteren und sehr warmen Tag; Ebene bis 26°, Hochschwarzwald bis 16°. Strichweise (südlicher Schwarzwald) kamen noch Gebirgsgewitter zum Ausbruch. Ein großes über Nordwesteuropa vorüberziehendes Tiefdruckgebiet hat in Nordfrankreich, Belgien und Holland stärkere Regenfälle gebracht, ist aber kaum weiter ostwärts sich ausbreiten werden.

Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, 22. Juni 1920 nachts: Meist trocken, langsam aufheiternd, mäßig warm.

Druck und Verlag der Druck- und Verlagsgesellschaft vormals Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber: K. Eppig und H. Jundt. Verantwortlicher Redakteur: Otto Teichmann, Emmendingen.

4268
Schürzen
Träger- u. Kleiderschürzen
Kinderschürzen Hänger u. Träger farbig u. schwarz
Erstklassige Verarbeitung. Neue Formen.
Nur prima Zeuge und Druckknöpfe.
Sehr vorteilhafte Preise.
Fritz Weintz, Emmendingen.

Städtische Bekanntmachungen

Städt. Fischmarkt Emmendingen
Dienstag, den 22. Juni, nachm. von 5—7 Uhr werden im Sparkassenhof für die Buchstaben T, U, V, W, Z
Schellfische, Seehecht, Braunzungen
per Pfund Mk. 2.20
Heilbutt per Pfund Mk. 3.50
abgegeben. Die Platten Lebensmittelausweiskarten sind mitzubringen und vorzuzeigen.

Stahlpfannen
Sehr billig
zum Kochen von Viehfutter. 20 bis 86 cm Durchmesser, neu eingetroffen. 4305
Conrad Hildebrand, Denzlingen
gegenüber „grünen Baum"

Dörrobst Pfund 5 Mk.
Tafelfeigen, Erdnüsse, Sultaninen, Haselnüsse, Kosin. Pflaumen, Maishmehl, Maisgrießmehl, Hafergrießmehl, Erbsen, Bohnen, Linsen, Manioksmehl, Reis, Gerstensuppe, Eß-Schokolade, Kakao, Tee, Kaffee, Dr. Lahmanns Kakao und Dr. Lahmanns Schokolade, Kaffee Hag, Kolb, Hornmehl, Maizenade, Obst- u. Gemüsekonserven, Stärke, Backnudeln, Gewürze, Gelatine, Puddingpulver, Mach- und Voltletteseife, Kokosfett, Pumpernickel. 4121
Reformhaus Jungbrunnen
Salzstr. 15 Josef Stollberg Telef. 386
Freiburg i. Br.

Landwirte
kaufen ihre 4220
Elektr. Lampen
am billigsten bei
Maier
Freiburg, Herrenstr. 50
Zuglampen von 65 Mk. an
Elektr. Birnen u. Bügeleisen.

Einbruch und Diebstahl
vermeidet in vollkommener Weise
„Gauner-Schreck"
die neue patentamtlich geschützte, unsichtbare, elektr. Alarm-, Tür- und Türschloß-Sicherung. Oeffnen der Türe mit Nachschlüssel od. Dietrich, Auslösen des Schlosses, oder einer Fällung, sogar Ausschneiden und Eindrücken von Glasscheiben
gänzlich unmöglich.
Bereitwilligste Auskunft, Vorführung von Vertretungen durch: K. Fr. Romer, Ingenieur, Freiburg Brombergstraße 26.

Wer durch Heimarbeit guten
Verdienst
sucht, wende sich unter Angabe seiner Adresse unter Nr. 4295 an die Geschäftsstelle der Breisgauer Nachrichten.
Es handelt sich um leichte, saubere, auch für Frauen und Kinder geeignete Arbeit für einen neuen, patentierten Massenartikel. Für die Arbeiten, die sämtl. am Familientisch ausgeführt werden können, werden die nötigen Vorrichtungen zur Verfügung gestellt.

Franz Paul Schneider
(vorm. J. Held)
Kenzingen
Eisenbahnstr. 73. Fernruf Nr. 50
Kolonialwaren u. Delikatessen
Konserven- und Marmeladefabrikation.
Korbwaren
in grosser Auswahl
Bürstenwaren Toilettenartikel
Zigarren in jeder Preislage
Prima überseeischer Rauchtabak
Zigaretten
Chesterfield, Piedo, Arrara usw.

Danksagung.

Für die uns anläßlich des Hinscheidens meiner lieben Frau, unserer teuren Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emma Friedrich
geb. Giedemann

erwiesene wohltuend und tröstend empfundene Anteilnahme, insbesondere für die liebevolle Begleitung zur letzten Ruhestätte, unter erhebender Mitwirkung des verehrl. Gesangvereins „Germania" sagen herzlichsten Dank

RIEGEL, den 22. Juni 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.
4311

Große Lagerräume
auch zu Betriebswerkstätten geeignet, sowie
große Kellereien
sind zu vermieten (frühere Greifenbraurei) 4286
L. Eger, Rubin's Nachfolger
Emmendingen Telefon 59.

Kinder-Sportwagen

In einfacher und besserer Ausführung sind zu massigen Preisen wieder eingetroffen bei
S. Knopf
Emmendingen. 4257

Zu verkaufen 1 Fahrrad
mit Gummi und Freilauf
2 Zuchthasen
1 Paar
Infanteriestiefel
Zu erfragen in der Geschäftsst. des Bl. 4322

Ein neuer
Anzug
zu verkaufen. 4316
Zu erfragen in der Geschäftsst. der Bra. Nachr.

Zu verkaufen
ein Paar neue
Frauenschuhe
Größe Nr. 41.
Hans Nr. 194
Windenreute. 4307

Zu verkaufen
1 Waschmange
bereits neu. 4324
Zu erfragen in der Geschäftsst. des Blattes.

Offerte 4314
Milchschaf
einjährig, zu verkaufen Obenda eine Fähr. schöne
Truthenne
z. Bt. Erütern, geg. junge diesjährige Gänschen zu vertauschen. 4310
Karl Gmotowski
Freiburg, Hugstetterstr. 121

Zwei 4313
Zugochsen
und ein starker
Leiterwagen
zu verkaufen.
Haus Nr. 26
Landeck.

Sehr gut erhaltenes
Gritzner-Fahrrad
mit bereits neuer Auslandsbereifung gegen ein
Mutterschaf
mit Jungen, zu vertauschen. 4317
Von wem sagt die Geschäftsst. des Blattes.

Eine 4318
Glückhenne
mit 11 Jungen, zu verk.
Windenreute
Haus Nr. 84.

Reparatur-Werkstätte
für elektr. Maschinen
Anlasser und Sterndreieckschalter
Schempp u. Platte
Freiburg, Kaiserstr. 151,
Fernsprecher: Büro 2024, Werkst. 2784
Drahtanschrift: Schemppplatte.

„Nissin"
gegen Kopflläuse
Nichts anderes nehmen
Zu hab. in d. Apotheken u. Drogerie Emmenecker.

Aufklärung
für Mann u. Weib, ledig, verh., alt und jung
tut dringend not.
Prospekt B gratis. Sofort schreiben Sonneberg S. M. 398, Postfach 87.

In Weißstückkalk
kann abgeholt werden.
Eginlzgelegel
Bietbach.

Fahrrad-Mäntel und Schläuche
nur erstklassige Fabrikate u. prima Qualitäten
Alois Meyer
Fahrräder,
Emmendg., Kirchplatz 2

Arbeiter-Gesang-Verein
„Liederkranz"
Emmendingen.
Heute abend **keine Singstunde.**
Der Vorstand.

7 Monate altes 4298
Kind
wird in gute Pflege gegeben. am liebsten aufs Land. Zu erfragen in der Geschäftsst. des Blattes.

Gesucht wird ein
Mädchen
zum baldigen Eintritt, das schon gedient hat und Landwirtschaft versteht, in einen Landort am Kaiserstuhl für Wirtschaft u. Metzgerei, wo demselben auch Gelegenheit geboten ist, sich im Kochen gut anzulernen. 4320
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Mädchen
13—14 Jahre alt, für die schulfreie Zeit, oder ein der Schule entlassenes Mädchen, welches zu Hause schlafen kann, für Kommissionen und leichte Hausarbeiten gesucht.
Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes. 4177

Mädchen
das schon gedient hat per sofort oder später gesucht
Frau Max Wertheimer
Emmendingen
Marktplatz 13.

Knecht
gesucht für eine kleine Landwirtschaft. 4304
Zu erfragen in der Geschäftsst. der Bra. Nachr.

Ein 4261
Cutaway
mit neuer gestreifter Hose, 2 weiße
Damen-Strohhüte
und ein
Trauerhut
mit Schleier ist billig zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsst. des Blattes.

Ein 4323
Jagdgewehr
Drilling, mit Fernglas zu verkaufen.
Näheres Georg Fischer, Kentlist, Emmendingen, Marktplatz.

Zu kaufen gesucht eine
Mandoline
Angebote unt. Nr. 4314 an die Gesch. des Blattes.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreise: durch die Post frei ins Haus Mk. 2.60 das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 2.80 den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 150 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 15 Mk.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382 Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 142 (Evang.: Basilius) Emmendingen, Mittwoch, 23. Juni 1920. (Kath.: Edeltrud) 55. Jahrgang

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

Neue Schwierigkeiten in Kabinettbildung.

WTB. **Berlin**, 23. Juni. Die sozialdemokratische Fraktion hat dem Vernehmen nach dem Parteiausschuß der deutschen demokratischen Partei Kenntnis von ihrem Beschluß gegeben, einer Regierung, in der die deutsche Volkspartei vertreten sei, ein Vertrauensvotum nicht erteilen zu können. Hierauf hielt die demokratische Fraktion eine Sitzung ab, in der erklärt wurde, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die, vom Vertrau n der Mehrheit des Parlaments getragen in Spaa verhandeln könne, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könne und man vor einer ganz neuen Situation stehe.

Berlin, 23. Juni. Zu den neuen Schwierigkeiten der Kabinettsbildung wird im Vorwärts berichtet: Gegen fünf Stimmen beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern, bei der Vertrauensabstimmung, die der Abgabe der Regierungserklärung folgen werde, Stimmenthaltung zu üben. Die Fraktion glaubt nach Erwägung aller Gegengründe nicht weiter gehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, der Mitglieder der deutschen Volkspartei angehörten, mit ihren Auffassungen nicht vertrage. Die Fraktion beabsichtige, ihre Stimmenthaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spaa keine Schwierigkeiten erwachsen. Der heutige Tag so heißt es weiter, muß entscheiden, ob das Schiff Fehrenbachs, das kurz vor dem Hafen auf Minen aufgelaufen ist, scheitert oder ob die Schäden reparierbar sind. Es ist zur Stunde noch nicht festzustellen, ob die Demokraten in der Frage des Mittelblock wirklich schon ihr letztes Wort gesprochen haben. — Verschiedene Blätter zufolge war es bis um Mitternacht noch ungewiß, ob die deutsche demokratische Partei sich mit der neuen Hinauszögerung des verlangten Vertrauensvotums zurückgezogen oder von den Koalitionsverhandlungen zurücktrete. — Die Vossische Zeitung fragt, ob es keinen Ausweg gebe. Die demokratische Fraktion und der demokratische Parteiausschuß haben festgestellt, daß eine ganz neue Situation geschaffen ist. Es müsse sogar mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Fehrenbach doch nach den Auftrag der Kabinettsbildung zurückgibt. Jedenfalls werde es neuer, sehr schwieriger Verhandlungen bedürfen, um aus der durch den Parteiegoismus der Sozialdemokraten geschaffenen Sackgasse irgendeinen Ausweg zu finden.

Das Verlangen der Demokraten nach einer sozialdemokratischen Vertrauenszusage in diesem Augenblick eilte, wie der Vorwärts schreibt, den Ereignissen weit voraus. Weder lag der sozialdemokratischen Fraktion eine endgültige Ministerliste noch der endgültige Text der Regierungserklärung vor. Die deutsche Volkspartei erhob gegen die Ministerliste Einspruch. Aendert sich die Zusammensetzung der Regierung so ändert sich auch das Programm. In welcher Lage wäre die sozialdemokratische Fraktion heute, wenn sie gestern dem Wunsch der Demokraten entsprechend beschlossen hätte, der neuen Regierung ihr Vertrauen auszusprechen. Durch das demokratische Drängen nach einer sozialdemokratischen Vertrauenserklärung und mehr noch durch das ungestüme Rechtsdrehen der deutschen Volkspartei ist abermals eine überaus kritische Situation entstanden. Die drei Parteien müssen nun sehen, wie sie aus ihr wieder herauskommen, wenn sie nicht den Beweis erbringen wollen, daß das Bürgertum in Deutschland überhaupt nicht mehr imstande ist, eine Regierung zu bilden.

Berlin, 22. Juni. Wie die Abendblätter melden, konnte die endgültige Feststellung der Ministerliste noch nicht erfolgen. Der preußische Wohlfahrtsminister Stegerwald hat die Uebernahme des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt, dagegen hat General Groener den ihm angetragenen Posten des Verkehrsministers und Geheimrat Simson die Leitung des Auswärtigen Amts angenommen.

Berlin, 22. Juni. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat sowohl Geheimrat Wiedfeld als auch Dr. Melchior die Uebernahme des Reichswirtschaftsministeriums abgelehnt.

WTB. **Berlin**, 21. Juni. An den Gemeindewahlen für Großberlin haben sich nur 55 Proz. der Wähler beteiligt. Nach den bisher bekanntgewordenen Zahlen dürften auf die Unabhängigen 8, auf die Mehrheitssozialisten 36, Wirtschaftliche Vereinigung 10, Demokraten 16, Zentrum 8, Deutsche Volkspartei 37 und die Deutschnationale Volkspartei 26 Sitze entfallen. Drei Mandate erscheinen noch zweifelhaft.

Berlin, 21. Juni. In politischen Kreisen wird, wenn auch nur in mittelbarem Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise, in den letzten Tagen wiederholt der Name des Fürsten Bülow genannt. Man spricht davon, daß der frühere Reichskanzler von einflußreicher Seite für eine besondere Verwendung in Aussicht genommen sei. Die Diskussion über diese Frage in der Oeffentlichkeit wird allerdings erst dann eröffnet werden können, wenn die politische Lage eindeutig geklärt ist. Fürst Bülow selbst scheint nicht abgeneigt zu sein, sich erneut am politischen Leben zu beteiligen. Wie zuverlässig verlautet, hielt sich Fürst Bülow dieser Tage in Berlin auf und bleibt auch für die nächste Zeit in Deutschland.

WTB. **Berlin**, 22. Juni. In der Abendsitzung des Reichsrates wurde die Verordnung über Ueberleitung der Rechtspflege in den Kreisen Eupen und Malmedy angenommen, ebenso eine Verordnung über Aenderung der Postordnung, die die letzten Reste der Gebührenfreiheit beseitigt. Angenommen wurde ein Notetat, der sofort dem neuen Reichstag vorgelegt werden soll. Der Fehlbetrag für die Reichspost und die Eisenbahnen ist in diesem Notetat mit 6.1 Milliarden festgesetzt.

Berlin, 22. Juni. Den Abendblättern zufolge hat sich die Lage in Osnabrück, wo in letzter Zeit wiederholt Ausschreitungen wegen der Lebensmittelpreise vorgekommen waren, gestern bedeutend verschärft. Es wurden Lebensmittelläden und Schuhwarengeschäfte von einer großen Menschenmenge ausgeräumt und die Waren zu billigen Preisen verkauft. Auch die Vorräte in den Gastwirtschaften und Hotels wurden geplündert. Die Hauptgeschäftsstraßen wurden darauf von der aus Hannover herbeigerufenen Polizei im Verein mit der Osnabrücker Polizei und der Ortswehr abgesperrt. Vor dem Gerichtsgefängnis feuerte die Ortswehr auf die Menge, die in das Gebäude einzudringen versuchte. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Nachts war die Ruhe wiederhergestellt. — Auch in Frankfurt a. M. und Krefeld ereigneten sich ähnliche Krawalle. In Krefeld stürmte die Menge das Warenhaus Tietz und warf alle Waren aus den Stockwerken auf die Straße. Auch mehrere andere große Geschäftshäuser, vor allem Schuhwarengeschäfte, wurden von der Menge geplündert. Die Schutzmannschaft war machtlos. Erst in den Abendstunden gelang es der belgischen Besatzungsbehörde, die Ruhe wieder herzustellen. Zahlreiche Personen sind bei dem Zusammenstoß verletzt worden.

Stuttgart, 22. Juni. Der neue Landtag trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen und wählte mit 57 von 99 abgegebenen Stimmen den Zentrumsabgeordneten Walter zum Landtagspräsidenten. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Abg. Dr. Roth (Bauernbund) und zum zweiten der Abg. Keil (Soz.) gewählt. Die Wahl des Staatspräsidenten findet morgen statt.

München, 21. Juni. Der Landesausschuß und die Landtagsfraktion der bayerischen Sozialdemokratie erlassen zu den Vorgängen in der Pfalz eine Kundgebung der Sympathie mit den in diesen Tagen erneut zum Ausdruck kommenden heroischen deutschen Volkserhaltungskämpfen der pfälzischen Bevölkerung gegen die fortgesetzten Willkürakte der französischen Besatzungsbehörde. Das tapfere Verhalten besonders der pfälzischen Arbeiterschaft verdiene die Anerkennung des ganzen bayerischen und deutschen Volkes. Die beiden sozialdemokratischen Korporationen verlangen von der bayerischen Landesregierung und der deutschen Reichsregierung, daß sie die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel pflichtgemäß fortgesetzt benützen, um die Lage der besetzten Rheinlande zu erleichtern und die staatsbürgerlichen Rechte aller bayerischen und deutschen Mitbürger zu gewährleisten.

(Frkf. Ztg.)

Sonstige Meldungen.

WTB. **Berlin**, 22. Juni. Das britische Auswärtige Amt hat der deutschen Botschaft in London bekanntgegeben, daß nunmehr den aus Südafrika in ihre Heimat reisenden Deutschen die Reise über England gestattet ist.

Strasburg, 22. Juni. Die im Friedensvertrag vorgesehene rheinische Konferenz ist zusammengetreten und hielt im ehemals kaiserlich. Palais zwei Sitzungen ab. Den Vorsitz führte Exminister Clevelle. Deutschland war durch fünf Delegierte und Sekretäre vertreten. England, Belgien, Italien und die Schweiz waren ebenfalls vertreten, dagegen hat Holland keine Delegierten entsandt.

Wien, 22. Juni. Zum Protest gegen Ungarn ist der Nachrichten- und Güterdienst völlig eingestellt worden, abgesehen von Liebesgabensendungen und einem gestern durch Beamte nach Ungarn gebrachten Güterzug. Nach den bürgerlichen Blättern herrscht infolge der Stellungnahme der deutschnationalen Beamten und vieler Arbeiter gegen den Boykott keine Einheitlichkeit.

Kopenhagen, 21. Juni. Ein britisches Geschwader unter dem Kommando Robert Keyes ging gestern nacht auf der Kopenhagener Reede vor Anker. Das Geschwader besteht aus zwei Schlachtkreuzern und Torpedobooten. Nach Meldungen hiesiger Blätter wurde die Kohlenzufuhr aus England bis auf weiteres eingestellt.

WTB. **Bern**, 21. Juni. Nachdem bekannt geworden ist, daß die päpstliche Kurie die Errichtung einer Nuntiatur in der Schweiz für wünschenswert erachtet, hat sich der Bundesrat mit der Errichtung der Nuntiatur mit dem Sitze in Bern einverstanden erklärt. Die Nuntiatur in der Schweiz ist anläßlich des Kulturkampfes im Jahre 1874 aufgehoben worden.

WTB. **Paris**, 22. Juni. Pressevertretern gegenüber erklärte Millerand über die Abrüstung Deutschlands, man habe einstimmig angenommen, von Deutschland die Herabsetzung seiner Heeresstärke auf 100 000 Mann zu verlangen. Wir können die Herabsetzung auf den 10. Juli nicht erreichen, sie wird aber in der kürzesten Frist verlangt werden.

WTB. **Paris**, 23. Juni. Wie der Sonderberichterstatter des „Temps" mitteilt, hat man in Bezug auf die Festsetzung der deutschen Schuld eine endgültige Regelung nicht erzielt. Die Sache sei bis jetzt höchstens dahin entschieden, daß man von Deutschland 41 Jahreszahlungen verlange statt 37. Im übrigen sei es Aufgabe der Deutschen, in Spaa Vorschläge zu machen. Die Alliierten könnten ihre These nicht abschwächen dadurch, daß sie sie heute schon bekannt gegeben. Die italienischen Vertreter hätten erklärt, sie könnten die englischen und französischen Vorschläge erst annehmen, nachdem die Frage der Verteilung unter den Alliierten geregelt sei.

Amsterdam, 21. Juni. Einer Reutermeldung aus Genua zufolge verlangte auf der internationalen Seemannskonferenz der Führer des englischen Seemannsverbandes, Havelock Wilson, im Namen der englischen Seeleute, den deutschen Delegierten solle die Teilnahme nur gestattet werden, wenn er sein Bedauern über den Ubootskrieg ausspreche und durch eine amtliche Zusicherung der deutschen Regierung bestätige, daß den Opfern der Uboote eine Entschädigung gezahlt werde.

Amsterdam, 21. Juni. Der Chefredakteur der „Daily News", Gardiner, hebt in seinem neuesten Aufsatz über das Ergebnis seiner Studienreise durch Deutschland hervor, daß trotz allem Elendes der Geist des deutschen Volkes angebrochen und der Wille, durch Arbeit u. Sparsamkeit aufs neue wieder hochzukommen, allgemein sei. Gardiner fährt fort: Die Erinnerung an den Krieg ist ausgelöscht. Alle Erbitterung, die vorhanden ist, richtet sich gegen die Franzosen. Englische Vertreter und Beamte in Deutschland waren es, die mir gegenüber die Tatsache verurteilten, daß Deutschland noch immer als ein Ausgestoßener behandelt wird. Ein englischer Militär tadelte die Unterordnung der englischen Politik unter die kurzsichtigen Bestrebungen des französischen Chauvinismus.

WTB. **Haag**, 22. Juni. Ein Moskauer Funkspruch besagt, Tschitscherin habe ein Telegramm an die deutsche Regierung gesandt, worin es heißt, böswilligen und tendenziösen Gerüchten über angebliche feindselige Absichten gegenüber Deutschland entgegentritt. Etwas derartiges sei nicht geplant. Der Krieg gegen Polen sei ein reiner Verteidigungskrieg. Die Politik Sowjet-Rußlands sei friedlich.

London, 22. Juni. Reuter zufolge hält man in den Kreisen der englischen Diplomatie die Verschiebung der Konferenz von Spaa um acht Tage für unvermeidlich.

London, 22. Juni. (Havas.) Daily Express versichert, daß das Kabinett beschlossen habe, nach 4 Jahren in Mesopotamien ein arabisches Königreich zu errichten. Bis dahin werde das Land mit britischen Garnisonen belegt und eine Armee und Polizei der Eingeborenen organisiert werden.

Die Konferenz in Boulogne.

Paris, 22. Juni. Pertinax meldet im Echo de Paris aus Boulogne: Millerand beharrt auf dem Standpunkt, den er in San Remo eingenommen, die Alliierten müßten Deutschland wenn nötig mit Gewalt zur Erfüllung seiner Verpflichtungen veranlassen. Wenn Deutschland die vorgeschriebenen Zahlungen nicht leiste oder schlechten Willen beweise, müßten die Alliierten die Zölle und die anderen Einnahmen Deutschlands beschlagnahmen.

Pertinax berichtet weiter aus Boulogne: Auf Italiens Forderungen nach einer 20%igen Beteiligung an den Zahlungen Deutschlands hat man geantwortet, daß die an sich berechtigte Forderung auf dem Friedensvertrage nicht abgeleitet werden könne. Pertinax glaubt nicht, daß eine Einigung in dieser Frage für den Augenblick möglich sei.

Paris, 22. Juni. Wie der Berichterstatter der „Information" aus Boulogne mitteilt, ist die Frist für die Entwaffnung Deutschlands über den 10. Juni hinaus verlängert worden. Hinsichtlich der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme sei gestern noch nichts Endgültiges beschlossen worden.

Zur Lage im Osten.

Kopenhagen, 22. Juni. Einer Warschauer Depesche zufolge meldet der polnische Heeresbericht u. a.: Zwischen Beresina und Dobrudscha sind die Versuche der Bolschewisten, die Beresina zu überschreiten, mit großen Verlusten für den Feind abgeschlagen worden.

London, 21. Juni. (Havas.) Der Warschauer Korrespondent der „Morning Post" meldet seinem Blatte, es sei nunmehr sicher, daß die Bolschewisten diesen Sommer eine neue Offensive gegen Polen auslösen würden. Sie konzentrierten beträchtliche Streitkräfte zwischen Beresina und Düna. Man glaube, daß sie im Juli fünfzig Divisionen gegen die Polen und ferner 25 Divisionen Reserven bereit haben werden.

Von den Parteien.

Augsburg, 21. Juni. Die bisher demokratischen „Augsburger Neuesten Nachrichten" vertreten ab 1. Juli mit einer neuen politischen Redaktion offiziell die Deutsche Volkspartei. Vom gleichen Zeitpunkt ab erscheint für Augs-